

# GRÜNSPIEGEL

informativ • parteilich • aktuell

September/Oktober 2006

Informationen zur grünen Kommunalpolitik  
in Stadt und Kreis Ludwigsburg

Ausgabe 27

## Wie geht's nach morgen? – Der Zukunftskongress der Grünen

VON MAX BLEIF

Für das erste Wochenende im September 2006 hatte der Bundesverband von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu einem Zukunftskongress ins „Energieforum“ nach Berlin eingeladen. Dieser Einladung folgten ca. 1500 Menschen aus der ganzen Republik. Aber auch Teilnehmer aus dem Ausland waren gekommen.

### Programm

Drei Tage lang wurde über die Zukunft der Gesellschaft diskutiert. Daneben gab es aber auch, wie bei Grünen üblich, ein Beiprogramm. So las Roger Willemsen, zusammen mit einem Bekannten, aus seinem neuen Buch „Guantanamo“. Ein erschütternder Bericht von ehemaligen Insassen des US-Gefängnisses, das die US-Regierung auf ihrem Stützpunkt auf Kuba nach dem 11.9.2001 einrichtete.

### Workshops

Der Samstag war von breit angelegten Diskussionen in allen Politikbereichen geprägt. In weit über 50 Workshops, zu Themen von B wie Bildung bis S wie Steuern und anderes mehr, konnten die Teilnehmer mit Experten, die von außen geholt wurden, ihre Meinungen austauschen. Interessant fand ich auch das Wissen, das die ausländischen Gäste hier einbrachten. So waren in einem der von mir besuchten Workshops, der sich mit der Integration behinderter Schüler in die Regelschule befasste, Menschen aus Südtirol und Island.

An einem zweiten Workshop, den ich besuchen wollte, konnte ich nicht teilnehmen, da der etwas klein geratene

Raum komplett überfüllt war und schon einige Menschen vom Gang aus zuhören mussten. Hier sollte es um Steuerpolitik gehen. Dieses Problem gab es auch bei anderen Workshops. Am Sonntag wurden dann die Ergebnisse der Workshops im „Atrium“ des „Energieforums“ in zusammengefasster Form vorgestellt.

### Pläne für den Landesverband Baden-Württemberg

Genau dies soll nach dem Willen des Landesverbands Baden-Württemberg, der im übrigen durch sehr viele Mitglieder vertreten war, nicht geschehen. Wie aus der Spitze des Landesverbands zu hören ist, ist eine weitere „Regionalkonferenz“ geplant, die sich



DIE KONGRESSTEILNEHMER AUS DEM KV LUDWIGSBURG (V.L.N.R.: SIEGFRIED RAPP, INGRID HÖNLINGER, SUSANNE OTT, MAX BLEIF) (FOTO: SIEGFRIED RAPP)

### Ergebnisse

Den Abschluss der Veranstaltung bildete ein „Bewertungsgespräch“, an dem unter anderem Prof. Warnfried Dettling und die Hauptstadtkorrespondentin des SWR, Dagmar Seitzer, teilnahmen.

Der Tenor: „Die Grünen befinden sich auf dem richtigen Weg, aber nur, wenn sie die Diskussion an dieser Stelle nicht abbrechen.“

mit Themen des Zukunftskongress beschäftigen wird.

Der KV Ludwigsburg war durch Susanne Ott (Schwieberdingen), Ingrid Hönlinger (Kreisvorstand), Siegfried Rapp (OV Ludwigsburg) und Max Bleif (Kreisvorstand) vertreten, die die unterschiedlichsten Workshops besuchten. Näheres dazu ist auch auf der Homepage des Grünen Kreisverbands unter [www.gruene-ludwigsburg.de](http://www.gruene-ludwigsburg.de) unter Pressemitteilungen nachzulesen.

## „Störfall im AKW Forsmark ist ein weiterer Beleg für die Unkalkulierbarkeit von Risiken in der Kerntechnik“

Der schwere Störfall im AKW Forsmark ist nach Auffassung des energiepolitischen Sprechers der Grünen im Landtag Franz Untersteller ein weiterer Beleg dafür, dass die Nutzung der Kernenergie mit unkalkulierbaren und in ihrem Verlauf nicht vorhersehbaren Risiken verbunden ist.

### Bislang noch nicht untersucht

Eine herausgehobene Bedeutung kommt dem Vorfall deshalb zu, weil der Störfall, bei dem zwei Notstromdiesel völlig versagt haben bzw. die beiden verbliebenen Notstromaggregate nur von Hand verspätet in Gang gesetzt werden konnten, bislang in keiner der über Jahrzehnte hinweg vorgenommenen Störfallanalysen jemals untersucht wurde. Somit war es gerade nicht möglich, ausreichend Vorsorge zu treffen.

Nicht die Frage, ob die Ereignisse von Forsmark 1 zu 1 auf baden-württembergische Anlagen übertragbar sind, sei entscheidend, so der grüne Energiepolitiker, sondern der Punkt, ob auch in hiesigen Anlagen schwerwiegende Störfälle auftreten können, die in den bisherigen Störfallbetrachtungen keinerlei Rolle gespielt haben. Genau

dies – so der Grüne Franz Untersteller – könne aber nicht ausgeschlossen werden.

### Situation in Baden-Württemberg

Die Störfälle der letzten Jahre in den Anlagen Neckarwestheim und Philippsburg hätten zudem gezeigt, dass der Faktor Mensch mit einer der größten Schwachpunkte im den hoch komplexen Anlagenbetrieb sei. Hinzu käme, dass die Risiken in den Anlagen mit deren fortschreitendem Alter zunähmen.

So seien Materialversprödung und Korrodierung nur bis zu einem gewissen Teil durch den Austausch von Anlagenkomponenten beherrschbar. Oftmals könnten alte Komponenten aber gar nicht mehr original neu beschafft werden, so dass mit dem Einbau abweichender Anlagenteile bislang nicht berücksichtigte Störfallprobleme in den Anlagen auftreten können.

Letztlich, so der Abgeordnete Franz Untersteller, sei der schwere Störfall im schwedischen Forsmark ein weiterer Beleg für die Richtigkeit des unter Rot-Grün beschlossenen Ausstiegskurses.

(reda)



## Wenn schon fliegen, dann aber „atmosfair“

Mitglieder und MitarbeiterInnen der Grünen Landtagsfraktion fliegen zukünftig klimaneutral

VON FRANZ UNTERSTELLER, MdL

### Flugverkehr...

Am Himmel herrscht Hochbetrieb, was nicht ohne Folgen für unser Klima bleiben kann. Der Flugverkehr hat sich innerhalb von knapp 35 Jahren vervielfacht. Viele Experten halten es für wahrscheinlich, dass es bis 2050 in ähnlichem Maße weitergeht. Im Jahr 1984 starteten oder landeten in Deutschland zum ersten Mal mehr als 50 Mio Fluggäste, zehn Jahre später waren es bereits mehr als 100 Mio Fluggäste pro Jahr. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen erwartet bis zum Jahr 2010 eine weitere Verdopplung auf mehr als 200 Mio. Für die ersten Monate dieses Jahres meldeten die deutschen Flughäfen ein erneutes Plus von rund 6 Prozent.

### ... und Klimawandel

Im globalen Maßstab geht man bis 2015 von einem Wachstum der Flugverkehrsleistung um jährlich 5 Prozent aus. Die damit verbundenen Emissionen werden demnach in diesem Zeitraum um jährlich 3 Prozent zunehmen. Laut dem im Jahr 1999 vom „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) vorgelegten Sonderbericht „Aviation and the Global Atmosphere“ lag der Anteil des Flugverkehrs am menschengemachten Treibhauseffekt Anfang der Neunziger Jahre bei etwa 3,5 %. Aktuelle Schätzungen des IPCC gehen von einer höheren Wirksamkeit der Emissionen aus. Demnach trägt der Flugverkehr heute bereits zu mehr als 10 % zur globalen Erwärmung bei. Dabei geht es nicht allein um Kohlendioxid, das beim Verbrennen von Kerosin entsteht. Hinzu kommen in großen Flughöhen auch Zirruswolken, Kon-

densstreifen, Stickoxide und noch weitere Schadstoffe.

### Flugreisen und das persönliche Klimabudget

Klar ist: Die Menschheit darf nur eine begrenzte Menge Klimagase produzieren, um die ja bereits eingetretene Klimaerwärmung in verträglichen Grenzen zu halten. Würde man aus dieser verträglichen Gesamtmenge jedem Erdenbürger gleich viel Emissionsrechte zugestehen, könnte jeder Mensch zurzeit etwa 3 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Jahr erzeugen. Wer einmal in die Karibik und zurück fliegt, dürfte im Grunde mehr als ein Jahr lang keine anderen klimawirksamen Aktivitäten durchführen wie heizen oder Strom verbrauchen: Denn der Karibikflug hin und zurück verursacht bereits Emissionen mit der Klimawirkung von vier Tonnen CO<sub>2</sub>.

### Fliegen, Auto- oder Bahnfahren: ein kurzer Klimavergleich der Verkehrsträger

Etwa ein Viertel der Klimagase, die Industrieländer erzeugen, entstehen im Verkehrsbereich.

Wenn jeder Mensch auf der Erde gleich viele Klimaemissionen ausstoßen darf, nämlich rund drei Tonnen CO<sub>2</sub>, dürfte jeder etwa eine Tonne CO<sub>2</sub> im Jahr für seine Mobilität in die Luft blasen. Wer sich ins Flugzeug setzt, kommt damit nicht weit: Denn nach etwa 3.000 Kilometern hat er bereits sein Jahresbudget verbraucht. All dieses Wissen ändert aber nichts daran, dass viele – sei es z.B. aus Gründen der Entfernung, der Zeiterparnis, oder sei es aus Bequemlichkeitsgründen – auf das Flugzeug als Verkehrsmittel nicht verzichten können bzw. wollen.

Das gesamte Papier kann man unter [www.franz-untersteller.de](http://www.franz-untersteller.de) nachlesen.



Die Klimawirkung einer Tonne CO<sub>2</sub> erzeugen Sie im Flugzeug am schnellsten.

## Aktive gesucht!

Wer könnte sich vorstellen, sich aktiver in den Kreisverband einzubringen beispielsweise als Seminarleiter oder -leiterin, Referent oder Referentin, Kursleiter oder -leiterin, in einem HelferInnenpool etc. mit kreativen Ideen und Taten?

Wir starten demnächst eine Abfrage an alle Mitglieder. Wer vorab schon Anregungen für unseren Ideen-Pool hat – bitte im Kreisbüro melden!

Wir freuen uns auf eure Rückmeldung.

Euer Vorstand

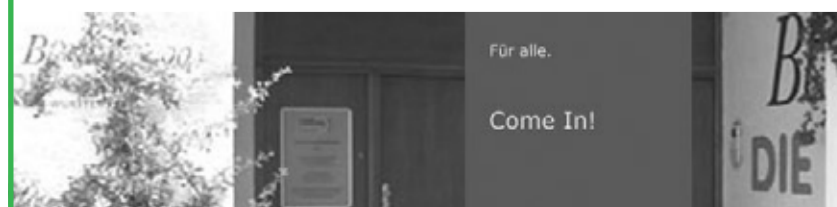


## GrüneR Trainee werden – jetzt bewerben!

Der Landesverband sucht wieder Menschen, die ein Jahr lang grüne Politik hautnah erleben, politische Kommunikation lernen und vertiefen und unsere Partei in ihrer ganzen Struktur intensiv kennen lernen wollen. Ein Teil der Plätze wird nach Möglichkeit an Mitglieder der Grünen Jugend vergeben. Nach den erfolgreichen ersten beiden Trainee-Programmen (nachzulesen unter: <http://www.ba-wue.gruene.de/cms.asp?Plugin=&Bereich=Trainees&Hauptbereich=Partei>) wird für das Jahr 2006/2007 eine Fortsetzung aufgelegt.

Der GLV setzt das Interesse und die Bereitschaft zu mindestens 5 Wochenendterminen und einigen (flexibel gestaltbaren) Terminen unter der Woche voraus. Das Angebot richtet sich sowohl an „neue“ Mitglieder als auch an bisher „passive“ Mitglieder, die sich (wieder) engagieren und auch mehr Verantwortung übernehmen wollen. Bewerbung: Ab sofort, schriftlich mit Anschreiben und Lebenslauf an die Kreisgeschäftsstelle Ludwigsburg. Das Kreisvorstandsteam wird für geeignete KandidatInnen eine Empfehlung an den GLV aussprechen. Möglich ist auch eine direkte Bewerbung bei der Landesgeschäftsstelle.

„Persönlicher Coach“ im Kreisverband und Ansprechpartnerin vor Ort: Petra Heindle-Hettig





## Dem Verkehrsentwicklungsplan auf der Spur



VON ROSWITHA MATSCHINER

Die diesjährige „Tour de Städtle“ unserer Fraktion führte die TeilnehmerInnen auf den Spuren des Verkehrsentwicklungsplans durch die Stadt und drum herum. Vor Ort wies ich auf zahlreiche Lücken und Qualitätsmängel im Radwegenetz hin. Ergänzt mit den Erfahrungen der Teilnehmer ergab das eine lange Liste von Forderungen, die wir an die Stadt weitergeleitet haben (s. Extra-Kasten). Gerne sammeln wir weitere Hinweise auf notwendige Verbesserungen (per email bitte an [matschiner.lb@t-online.de](mailto:matschiner.lb@t-online.de)).

### Der Verkehrsentwicklungsplan

Da im Verkehrsentwicklungsplan auch zahlreiche Vorschläge für Umgehungsstraßen rund um Ludwigsburg gemacht werden, führte die Tour auch an die Stellen, die davon betroffen wären: so z.B. südlich der Karlshöhe, wo eine Ostumgehung in die B 27 münden würde, oder die Gebiete Schafacker und Kesselacker zwischen dem Osterholz und Eglshaus, die im Falle einer Westumgehung entlang der Bahntrasse genauso wie der Riedgraben oder die Marienwahl als Naherholungsflächen entfallen würden. Auch mögliche Auswirkungen einer Nordumgehung, die die logische Folge eines immer wieder geforderten und diskutierten Tunnels unter dem Favoritpark wäre und nördlich des Parks in die L 1138 münden würde,

sahen wir uns vor Ort an. Angesichts der hohen Lärmbelastung und der Belastung der Luft durch den motorisierten Verkehr, verwies ich auf Alternativen wie den Umweltverbund.

### Verkehrsinfrastruktur muss mit Schienennetz ergänzt werden!

Ludwigsburg muss, wie andere Städte auch, die Verkehrsinfrastruktur mit einem Schienennetz ergänzen. Die bisher einseitige Nord-Süd-Ausrichtung Schiene muss mit einer Ost-West-Verbindung ergänzt werden. Die derzeit laufende Untersuchung

zur Reaktivierung der Bahnlinie nach Markgröningen mit einer Ergänzung bis Remseck ist der richtige Weg. Da könnten wir aber schon 10 Jahre weiter sein, wenn der Gemeinderat dieses Projekt nicht so lange blockiert hätte. Um die Belastung auf der B 27 in Eglshaus auch ohne Westrandstraße zu reduzieren, schlagen wir einen zweispurigen Tunnel vor, der oberirdisch mit einer Stadtbahn ergänzt wird. Auch dieser dafür vorgesehene Trassenverlauf wurde besichtigt.

### Fazit

Das Fazit am Ende der Tour: um

das auch im Stadtentwicklungskonzept formulierte Ziel, wonach die Verkehrsströme umwelt- und sozialverträglich gelenkt werden und alle Stadtteile mit sicheren und attraktiven Radwegen an die Innenstadt angebunden sind, zu erreichen, müssen noch zahlreiche Maßnahmen umgesetzt werden. Umgehungsstraßen gehören nicht dazu.

### Mängelliste der Grünen Fraktion an OB geschickt

Kritikpunkte, die von der Grünen Fraktion an den OB geschickt wurden, finden sich rechts

## Mängelliste

- Unterführung Schorndorfer Straße/Sternkreuzung;
- Bushaltestelle Marbacher Straße/Schloß Favorite kollidiert mit Fahrradweg;
- fehlender Fahrradweg in der Marbacher Straße stadtauswärts, mangelhaft stadteinwärts;
- Fahrradweg Bottwartalstraße: der Vorschlag der Verwaltung (Sachstandsbericht für den Stadtteilausschuss Hoheneck vom 28. 6. 06) wurde begrüßt;
- Neckarbrücke: Anbindung Otto-Konz-Weg an Neckarradweg/2mal Bordsteinkante von der Marbacherstraße auf die Brücke;
- Anbindung Leinpfad, bzw. Hauptstraße aus Neckarweihingen an den Radweg entlang der L 1100;
- Radweg aus Poppenweiler in Innenstadt unattraktiv (direkte Verbindung nach Oßweil über eine neue Neckarbrücke für Fußgänger und Radfahrer wäre besser);
- Querung der K 1692 auf Höhe der Oderstraße mit Anbindung an den Oßweiler Weg;
- Verbindung vom Spielplatz Lerchenholz zum Weg „Vor dem Wald“;
- Solitudeallee: Radweg stadteinwärts muss straßenseitig verlegt und breiter werden;
- Schlieffenstraße: geplanter Radweg sollte beidseitig jeweils in Fahrtrichtung verlaufen (nicht wie geplant einseitig mit 2-Richtungsverkehr);
- Heilbronner Straße: durchgängiger Radweg fehlt in beide Richtungen;
- Bismarckstraße: Unterführung der Bahngleise zum Schulzentrum Weststadt und Rundsporthalle;
- Ecke Bismarckstraße/Wilhelmstraße: Unterführung der Bahngleise als Verbindung in die Weststadt;
- Schillerstraße: Schutzstreifen stadtauswärts;
- Alleenstraße/Seestraße/Gewächshausweg: die Pläne zum Schulcampus werden begrüßt, ergänzt werden sollte die Umwandlung der Seestraße zwischen Friedrichstraße und Karlstraße in eine Fahrradstraße.



VOR DER ABFAHRT ZUR TOUR DE STÄDTLE: STRAHLENDE SONNE UND GESICHTER.

FOTO: ROSWITHA MATSCHINER

## Sichere Radwege

VON MARKUS GERICKE

Mitglieder der grünen Gemeinderatsfraktion haben sich mit Vertretern Ludwigsburger Radfahrvereine getroffen, um über die Situation für Radfahrer in Ludwigsburg zu sprechen. Rainer Pfander vom RSC Komet, Andreas Stier vom VCD und Susanne Leidenroth vom ADFC diskutierten Verbesserungsvorschläge. Dabei ging es darum, in welchen Fällen eher separate Radwege einem Fahrradstreifen vorzuziehen sind und welche Maßnahmen in Tempo-30-Zonen sinnvoll sind. Anlass war unter anderem das Beispiel Hoferstraße.

### Unzureichendes Radwegenetz

Einig waren sich die Anwesenden, dass das Ludwigsburger Radwegenetz unzureichend und an vielen Stellen unterbrochen ist. Ein Netz durchgängiger Radrouten sollte vorrangig realisiert werden. Die einzelnen Stadtteile müssen gut an die Kernstadt angebunden werden. Das Beispiel des in weiten Teilen vorbildlichen Radweges nach Oßweil sollte auch für die anderen Stadtteile umgesetzt werden. Besonderer Bedarf hat dabei eine sichere Verbindung nach Eglshaus und Hoheneck, aber auch in die Weststadt, eine Verbindung, die von vielen Schülern genutzt wird. Eine positive Entwicklung sei, dass derzeit eine erste Route nach Pflugfelden ausgearbeitet wird, die mit neuen und übersichtlichen Schildern bestückt werden soll. Die Gemeinderatsfraktion der Grünen hatte eine einheitliche Beschilderung nach den neuen Standards beantragt.



### Radverkehr entlastet Stadt

Ziel aller Beteiligten ist es, den Radverkehrsanteil in Ludwigsburg zu steigern. Geringere Emissionen aber auch eine Entlastung der Straßen wären die Folge. Dabei sind nicht zuletzt die Ludwigsburger Einzelhändler gefordert, bei ihren Kunden Anreize zum Einkauf per Fahrrad zu schaffen. Lobend wurde hierbei das Engagement einzelner Händler am Marktplatz erwähnt. Ein „Radfahrerbonus“ sollte eingeführt werden, statt nur Parkgebühren der Autofahrer zu erstatten.

### Engere Zusammenarbeit geplant

In Zukunft wollen die Vereine und Verbände noch enger zusammenarbeiten, um möglichst einmütig zu Radverkehrsthemen Stellung zu nehmen. Gemeinsame Informationsveranstaltungen sind geplant. Der frühere Aktionstag rund um das Rad „Radorama“ soll im nächsten Jahr wiederbelebt werden – mit einer Gebrauchtradbörse und vielen Informationsangeboten.

### Fotoaktion zu Defiziten im Radwegenetz

Um die Defizite im Ludwigsburger Radwegenetz zu verdeutlichen, sollen Alltagsfotos von Brennpunkten zusammengetragen, kommentiert und der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Deswegen sind alle Alltagsradler aufgerufen, ihre Schnappschüsse an Andreas Stier (VCD) einzureichen, am besten per E-Mail: [astwerk@t-online.de](mailto:astwerk@t-online.de)

## Anfrage: Ausbau von Ganztageschulen

Franz Untersteller: „Die Antwort von Kultusminister Rau bleibt weitgehend inhaltsleerer Kanzleitrost“

Der bisherige Stand und die weitere Entwicklung der Ganztageschulen im Landkreis Ludwigsburg war Gegenstand einer Anfrage, den die beiden Grünen Landtagsabgeordneten Jürgen Walter und Franz Untersteller Anfang Juli im Landtag eingebracht haben. Hintergrund für die Initiative war, dass mehrere Anträge von Schulen aus dem Kreis Ludwigsburg auf Einrichtung und Förderung eines Ganztageschulkonzepts teilweise über ein Jahr auf Eis gelegen haben, ohne dass für die Antragsteller eine Entscheidung absehbar war. Seit wenigen Tagen liegt nun die Stellungnahme des Kultusministeriums zu dem Vorstoß der beiden Grünen Landtagsabgeordneten vor. Daraus geht hervor, dass bislang elf Hauptschulen und eine Grundschule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung sowie ein Gymnasium im Ludwigsburger Landkreis als Ganztage-

geschulen eingerichtet worden sind. Detailliert äußert sich Kultusminister Rau in seinem Antwortschreiben über die in der Vergangenheit aus dem von der früheren rot-grünen Bundesregierung aufgelegten Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) in den Landkreis geflossenen Mittel. Demnach haben insgesamt 20 Schulen im Kreis für Investitionsmaßnahmen zum Aufbau von Ganztageskonzepten in einer Gesamthöhe von rund 8,82 Mio € Zuschüsse aus dem Bundesprogramm in Höhe von knapp 7,9 Mio € erhalten. Wie schwierig es angesichts unzureichender Mittelausstattung für manche Hauptschulen ist, im Zuge des von der Landesregierung als Folgeinitiative zum IZBB aufgelegten Landesprogramms zur Einrichtung von Ganztageschulen zum Zuge zu kommen, zeigt sich daran, dass die Anträge von sechs Hauptschulen in Ditzingen, Korntal-Münchingen, Hemmingen, Kirchheim/Neckar, Remseck und Steinheim negativ beschieden wurden.

Auf die Frage, wie die Landesregierung den weiteren Bedarf an Ganztageschulen im Kreis Ludwigsburg beurteilt, zeigt sich Kultusminister Rau nach Auffassung des Bietigheimer Landtagsabgeordneten Franz Untersteller „zugeknöpft bis zur Halskrause“.

Statt auszuführen, was die von ihm benutzten Begriffe „flächenhaft und bedarfsorientiertes Netz“ für den Kreis tatsächlich bedeuten, flüchtet sich Rau in nichts sagende Formulierungen. „Über entscheidungsfähige Anträge auf Einrichtung einer Ganztageschule“ – so der Minister in seiner Stellungnahme – werde jährlich von neuem nach dem 1. Dezember „im Rahmen der vorhandenen Ressourcen entschieden.“ Für die betroffenen Schulen und Eltern – so Franz Untersteller – seien solche Aussagen kaum mehr als inhaltsleerer Kanzleitrost, da nicht erkennbar sei in welchem Zeitraum auf diese Weise ein wirklich flächendeckendes Netz von Ganztageschulen realisiert werden könne. (reda)

## Zuschüsse für Jugenderholung von Streichung bedroht

MdL Franz Untersteller: „Kinderland wird abgebrannt“

Im Zuge der Aufstellung des Landeshaushalts für die Jahre 2007 und 2008 ist von der CDU/FDP-Landesregierung offensichtlich geplant, die Förderung von Jugenderholungsmaßnahmen komplett zu streichen. Für den Landtagsabgeordneten der Grünen, Franz Untersteller, steht ein solches Vorhaben in krassstem Gegensatz zu der von Ministerpräsident Oettinger in seiner Regierungserklärung noch vor wenigen Wochen unter der Überschrift „Kinderland Baden-Württemberg“ gemachten Ankündigungen. Bislang standen jährlich knapp 2 Millionen Euro für die Jugenderholungsmaßnahmen zur Verfügung. Profitiert haben hiervon im Jahr 2004 nach Angaben des Grünen Landtagsabgeordneten rund 160.000 Kinder und Jugendliche, die an einer der rund 3700 geförderten Freizeiten teilnahmen. Ca. 65 Prozent der Mittel werden bis-

lang als Zuschuss für den Einsatz von rund 20.000 jungen Menschen verwendet, die im Rahmen der Jugendfreizeiten ehrenamtlich als pädagogische Betreuerinnen und Betreuer tätig sind. „Ohne diese ehrenamtlichen Betreuer wäre das Angebot an Jugenderholungsmaßnahmen überhaupt nicht denkbar“, sagt Franz Untersteller.

### Vor allem ärmere betroffen

Ein wichtiger Bestandteil des Programms ist es zudem, dass Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien für Jugenderholungsmaßnahmen einen Zuschuss für die Teilnahme an Freizeiten erhalten können. Pro Tag stehen hierfür 5,10 Euro für ein Kind zur Verfügung. „Eine Streichung der Landeszuschüsse würde insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien

treffen“ so Franz Untersteller. Als Beispiel nannte er Zeltlager des Bundes der katholischen Jugend in diesem Jahr mit 2300 Kindern am Bodensee, in Oberschwaben und Hohenlohe. Bei Streichung der Zuschüsse würden sich die Kosten von derzeit 195,- Euro auf rund 350 Euro erhöhen. „Auf diese Weise würde man das bislang in allen gesellschaftlichen Schichten beliebte Jugenderholungsprogramm zu einer Mittelschichtveranstaltung machen“ so Franz Untersteller weiter. Für den Fall, dass die Landesregierung weiterhin an diesem unsinnigen Streichungsvorhaben festhalten sollte, kündigte Franz Untersteller an, im Rahmen der für Herbst anstehenden Haushaltsberatungen gemeinsam mit Fraktionskollegen einen Antrag im Landtag einbringen zu wollen, der darauf abzielt die bisherige Förderung in vollem Umfang beizubehalten.



## Gebührengerechtigkeit beim Abwasser!



ALDI HOCHBERG: HANDELSUNTERNEHMEN MIT VIEL BEFESTIGTER PARKPLATZFLÄCHE PROFITIEREN VOM DERZEITIGEN ABWASSERGEHÜRENSYSTEM.

TEXT UND FOTO: KARL BURGMAIER

Remseck. Die Abwassergebühr wird in den meisten Städten und Gemeinden Baden-Württemberg's nach dem Grundsatz „Frischwasserbezug erhoben. Die Gebühreneinnahmen decken neben den Kosten der Schmutzwasserbeseitigung auch die Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung. Dieses Gebührensystem mit der pauschalen Umverteilung der Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung nach dem Grundsatz „Frischwassermenge gleich Abwassermenge“ ist ungerecht. Es bevorzugt diejenigen, die relativ wenig Frischwasser beziehen, jedoch sehr viel Niederschlagswasser über Dächer und Parkplätze in das Kanalsystem leiten. Es benachteiligt diejenigen, deren Anteil an versiegelter Fläche mit Kanalanschluss relativ gering ist, z.B. Bewohner von Mehrfamilienhäusern. Diese finanzieren zu einem erheblichen Teil die Nieder-

schlagswasserbeseitigung derjenigen, die einen hohen Anteil versiegelter Fläche mit Kanalanschluss haben. Das bestehende System benachteiligt auch diejenigen, die ihr Niederschlagswasser z.B. in Zisternen, Fässern oder über begrünte Flächen sammeln und nicht in das Kanalsystem einleiten. Daher ist das bestehende System sozial ungerecht und ökologisch falsch. Immer mehr Kommunen stellen deshalb auf die sog. gesplittete Abwassergebühr um. In Stuttgart wird die gesplittete Abwassergebühr durch einen einstimmigen (!) Gemeinderatsbeschluss zum 1. Januar 2007 eingeführt. Die Remsecker Grünen wollen auch in Remseck die gesplittete Abwassergebühr. Es geht hier um ziemlich viel Geld: Laut Untersuchungen liegt der Anteil der Kosten der Regenwasserbeseitigung an den gesamten Abwasserbeseitigungskosten zwischen 35 % und 45 %. Bei unserer

Abwassergebühr von 2,90 €/cbm sind 40 % immerhin 1,16 €/cbm.

### Was ist die gesplittete Abwassergebühr?

Gesplittete Abwassergebühr heißt, dass die bisherige einheitliche Abwassergebühr in eine Schmutzwasser- und eine Niederschlagswassergebühr getrennt und damit auf Basis der tatsächlich in Anspruch genommenen Benutzung der öffentlichen Abwasseranlagen erhoben wird. Es geht nicht um eine zusätzliche Gebühr, sondern um die gerechte Aufteilung der bestehenden Abwassergebühr! Bei der gesplitteten Abwassergebühr gibt es eine

- Schmutzwassergebühr, die nach der bezogenen Frischwassermenge berechnet wird und eine
  - Niederschlagswassergebühr, deren Höhe von der bebauten und befestigten Fläche abhängig ist, sofern sie an das Kanalsystem angeschlossen ist.
- Voraussetzung für die Erhebung der Niederschlagswassergebühr ist die Erfassung der bebauten und befestigten Fläche. Hier wenden die Städte und Gemeinden unterschiedliche Methoden an. In Stuttgart wurde jedem Grundstückseigentümer ein Flächenerfassungsbogen mit Angaben zu seiner Fläche zugesandt. War der Eigentümer mit der berechneten Fläche einverstanden, brauchte er nichts weiter zu unternehmen, ansonsten konnte er seine Korrekturen einarbeiten und der Verwaltung zurücksenden. Unstimmigkeiten werden in Gesprächen geklärt. Schmutzwasser und Frischwassergebühr werden vom Versorgungsunternehmen erhoben, die Niederschlagswassergebühr wird wie die Grundsteuer fällig und im Grundsteuerbescheid geregelt. In anderen Kommunen wird die gesamte Abrechnung weiterhin von den Stadtwerken durchgeführt.

## Grüne Wandertour



FOTO: JULIA SCHWEIZER

Vaihingen/Enz. Mehr Präsenz in den „weißen Flecken“ des Kreises zeigen – das ist das erklärte Ziel des neu gewählten Vorstands der Grünen im Kreis Ludwigsburg. Begonnen hat er damit bereits am vergangenen Sonntag mit einer gemeinsamen Wanderung mit drei Abgeordneten der Grünen Kreistagsfraktion, Daniel Renkonen, Armin Haller und Armin Zeeb.

Die Tour führte die grüne Wandergruppe, zu der sich auch noch Regionalrat Josef Matschiner, die Ludwigsburger Gemeinderätin Roswitha Matschiner und Monika Birkhold aus Schwieberdingen gesellten, vom Vaihinger Bahnhof aus nach Mühlacker. Unterwegs kamen sie an der Waldorfschule in Vaihingen/Enz und der KZ-Gedenkstätte vorbei, verschafften sich auf dem Überrück Lehen einen Überblick über den Steinbruch und das Gebiet Kraichgau-Stromberg, kühlten kurz die heißen Füße in der Enz und folgten dann dem Flussverlauf, bis sie in Richtung der Überreste der Burg Löffelstelz in Dürrmenz abbogen. Auf ihrem Weg überzeugten sich die Grünen von der Vielfalt der Landwirtschaft des Kreisgebiets mit unzähligen Streuobstwiesen, Maisfeldern, Beerenhecken, Wäldern und Weinbergen und den neu eingerichteten geschützten Gebieten an der Enz. Kopfschütteln verursachten die vielen Autofahrer auf den Feldwegen, die so

bequem auf vier Rädern, teilweise ihren Hund „spazieren führten“. In Mühlacker angekommen, ließen die Wanderer dann den Tag auf dem Straßenfest in Dürrmenz ausklingen. Nach der Sommerpause können die fünf Kreisvorstände Max Bleif, Petra Heinle-Hettig, Ingrid Hönlinger, Kreiskassiererin Susanne Schwarz-Zeeb und Julia Schweizer dann – so gestärkt durch viel frische Luft und Ideen – richtig loslegen. (reda)



## Die „Andriof-Brücke“ ist der Einstieg in den Bau des Nord-Ost-Rings

Das laufende Planfeststellungsverfahren behandelt jedoch nur eine Neckarquerung

VON JÜRGEN STRAß

Remseck. Wir Grünen für Remseck wollen dieses Projekt in seiner ganzen Wirkung für Remseck darstellen, dazu bedarf es einer Betrachtung der zeitlichen und der räumlichen Aspekte der Planungen:

### 1. Was kommt nach der „Andriof-Brücke“?

Schon jetzt ist klar: die Brücke allein löst die Remsecker Verkehrsprobleme nicht, im Gegenteil. Remseck erhält einen weiteren stauanfälligen Knotenpunkt und unter dem Strich eine Zunahme des Verkehrsaufkommens von 25.000 KFZ/Tag.

Was folgt ist der Bau der Verbindung zwischen B10/B27 und B14/B29 auf der Trasse des geplanten N-O-Rings, vorerst zweispurig dann vierspurig (wie schon immer geplant). Der Bau der „Andriof-Brücke“ ist der Einstieg in den Bau des Nord-Ost-Rings, dies wird vom Regierungspräsidium auch nicht bestritten.

### 2. Wie wirken sich diese Straßenbauprojekte auf Remseck aus?

Die Befürworter des Nord-Ost-Rings sprechen immer davon, dass dieser den Verkehr bündele, bildlich muss man sich das wie ein Tau vorstellen das aus vielen einzelnen Fäden besteht, diese Fäden sind im Straßennetz die Zubringer die sich im N-O-Ring zum Bündel vereinen. Große Straßen wie der N-O-Ring wirken weit ins Umland hinein, er ist von überregionaler Bedeutung und schließt eine seit langem bestehende Lücke im Straßennetz, indem er die B10/B27 mit der B14/B29 verbindet. Seine Anziehungskraft wird groß sein und die zubringenden Straßen werden durch zusätzlichen Verkehr belastet, in Remseck wird davon jeder Ortsteil betroffen sein.

Der Ausbau der Kreisstraße zwischen Hochdorf und Affalterbach und der Wegfall des LKW-Fahrverbotes machen mit dem Bau des N-O-Rings erst so richtig Sinn.

Die Bürgerinitiative Hochdorf hat anhand eines Schaubildes deutlich gezeigt, welche Attraktivität eine solche ausgebaute Straße für den LKW-Verkehr hat, da sie die kürzeste Verbindung (im Vergleich zu möglichen alternativen Routen) Richtung Stuttgart darstellt, mit dem N-O-Ring wird diese Verbindung noch attraktiver. In Hochdorf und in Hochberg wird die Verkehrsbelastung zunehmen.

In Neckargröningen und Neckarrems wird sich im Prinzip nichts ändern, das Verkehrsaufkommen bleibt in etwa gleich hoch wie es das Gutachten von Prof. Kölz bereits dargestellt hat. Rund um Pattonville wird es eine deutliche Zunahme des Verkehrs geben, hier liegt Remsecks Entwicklungsschwerpunkt in Sachen Wohnbau.

Am stärksten betroffen wird jedoch Aldingen sein: Durch die dem Brückenbauwerk zugeneigte Hanglage wird ein baulicher Lärmschutz nicht möglich sein, die topographische Situation hier ist ähnlich der in Freiberg-Geisingen, wo die Autobahnbrücke gegenüber der Hangbebauung von Geisingen verläuft. Dort versucht

man schon seit vielen Jahren vergeblich, Lösungen zu finden um den Verkehrslärm zu mindern.

### Fazit:

Der Bau der „Andriof-Brücke“ ist der Einstieg in den Bau des Nord-Ost-Rings, weder der Bau der Brücke noch der Bau des Nord-Ost-Rings, ob zwei- oder vierspurig löst Remsecks Verkehrsprobleme, im Gegenteil die Verkehrsbelastungen nehmen langfristig zu.

Deshalb fordern wir Grünen schon lange eine Verkehrspolitik die Remseck zu Gute ist, dazu gehört:

- kein Ausbau der Straße zwischen Hochdorf und Affalterbach
- der Hochberger Tunnel
- eine zweite Brücke über den Neckar, in räumlicher Nähe zur bestehenden
- keine „Andriof-Brücke“
- kein Nord-Ost-Ring

Für Remseck ist es besser, kleine Lösungen zu favorisieren die unsere Probleme tatsächlich beheben, an Stelle von großen Lösungen die diese nur verstärken.



AUF DIESEM TEIL DER WESTUMFAHRUNG ALDINGEN SOLL IN BEIDEN FAHRRICHTUNGEN JEWEILS EIN ZUSÄTZLICHER FAHRSTREIFEN GEBAUT WERDEN.

## Luftschadstoffwerte in Marbach, Ingersheim und Bietigheim über den Grenzwerten

Umweltministerin antwortete MdL Franz Untersteller bezüglich Ergebnissen aus jüngsten Messungen

In einem Ende Juli verfassten Brief hatte der Bietigheimer Landtagsabgeordnete der Grünen, Franz Untersteller, Baden-Württembergs Umweltministerin Tanja Gönner um Auskunft über die Ergebnisse der jüngsten Luftschadstoffuntersuchungen in den Kommunen Bietigheim-Bissingen, Marbach, Freiberg und Ingersheim gebeten.

Anlass für die Initiative des Grünen Wahlkreisabgeordneten waren die zwischen Februar und Mai dieses Jahres an 105 Messpunkten im Land – darunter auch in den genannten vier Kommunen im Wahlkreis – für Feinstaub (PM10) und Stickstoffdioxid (NO2) durchgeführten Voruntersuchungen.

Die jetzt im Antwortschreiben von Ministerin Gönner genannten Messergebnisse lassen nach Auffassung von Franz Untersteller erwarten, dass sowohl für Ingersheim, als auch für Marbach und Bietigheim-Bissingen die Aufstellung von Luftreinhalteplänen angezeigt sei. Mit einem Feinstaubwert von 6,7 µg/m3 hat Ingersheim unter den 105 landesweiten Messpunkten mit einen der höchsten Messwerte vorzuweisen.

Als bedenklich hoch wertet Untersteller die gemessenen Stickstoffdioxidwerte in Bietigheim-Bissingen (59 µg/m3), Marbach (63 µg/m3) und Ingersheim (60 µg/m3). Der gültige Grenzwert zuzüglich der erlaubten Toleranzmarge liegt für Stickstoffdioxid nach Angaben des umweltpolitischen Sprechers der Grünen Landtagsfraktion aktuell bei 48 µg/m3 und werde bis zum Jahr 2010 noch auf 40 µg/m3 abgesenkt.

Von Baden-Württembergs Umweltministerin Gönner fordert der Grüne Abgeordnete, die genannten Kommunen aufgrund der hohen Messwerte in dem für 2007 geplanten einjährigen Spot-Messprogramm des Landes zu berücksichtigen. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben seien die dort gewonnenen Ergebnisse letztlich Voraussetzung dafür, um ein verbindliches Verfahren zur Aufstellung eines Luftreinhalteplans in Gang bringen zu können.

Als Alternative biete sich an die in der 3-monatigen Messreihe gewonnenen Werte mittels spezieller Rechenprogramme weiterzuarbeiten. Auf diese Weise lasse sich rasch und ohne zusätzlichen Messaufwand erkennen, ob die Erstellung eines Luftreinhalteplans zwingend notwendig sei.

Die an der Ortsdurchfahrt in Ingersheim gemessenen extrem hohen Feinstaubwerte sollten nach Meinung von Franz Untersteller von den Verantwortlichen der Kommune zum Anlass genommen werden, ihre bisherige, doch sehr zurückhaltende Position gegenüber dem so genannten „Billinger-Konzept“, das unter anderem die Errichtung von Pfortnerampeln zwischen Ingersheim und Pleidelsheim vorsieht, aufzugeben. Die Anwohner an der L 1125 hätten laut EU-Luftreinhalterichtlinie nun mal bereits jetzt einen Rechtsanspruch auf Einhaltung der Feinstaubgrenzwerte. Sie mit Planungen für eine Umgehungsstraße zu vertrösten, von der kein Mensch wisse, ob und wann diese komme sei kaum ein geeignetes Mittel im Kampf gegen die gesundheitlichen Gefahren, die von zu hohen Feinstaubwerten ausgingen. (reda)



## Kreistagsfraktion: VVS-Tarife senken!

Einsparungen durch mehr Wettbewerb sollen den Kunden zugute kommen

Die intransparenten Finanzierungsströme des öffentlichen Nahverkehrs führen zu überhöhten Preisen. Die Grünen Kreistagsfraktionen der Verbundlandkreise Ludwigsburg, Rems-Murr und Esslingen sind der Ansicht, dass durch Wettbewerb große Einsparungen erzielt werden könnten. Und dies nicht nur beim Schienenverkehr sondern auch bei den Kosten für die Busverkehre.

„Wir schlagen vor: lehnen Sie geschlossen die jüngsten Tarifierhöhungen im VVS ab.“ So appellierte der Fraktionsvorsitzende der Grünen Daniel Renkonen (Ludwigsburg) an die Landräte bei einer gemeinsamen Arbeitstagung der Kreistage aller Verbundlandkreise. „Es kann doch gar nicht sein, dass die Bus- und Bahnnutzer die Zeche für die überhöhten Nahverkehrskosten bezahlen.“

### Verworrene Finanzierung des Nahverkehrs

Die Forderung der Grünen Kreistagsfraktionen lautet seit Jahren, dass endlich Wettbewerb stattfinden muß. „Die Finanzierung des Nahverkehrs ist derart verworren und undurchsichtig, dass niemand mehr nachvollziehen kann welche Kosten an welcher Stelle tatsächlich entstehen.“, kritisiert Andreas Schneider, grüner Kreisrat im Rems-Murr-Kreis. Bei den Landkreisen steigen die Kosten für die Verkehrsulagen stetig

und zusätzliche Forderungen müssen erfüllt werden, wie zum Beispiel die Finanzierung von Stuttgart 21. Auf der anderen Seite zieht sich das Land immer weiter aus der gemeinsamen Finanzierung des Nahverkehrs zurück. Deshalb werden von der Ausschreibung der S-Bahn, die im Moment durch die Region vorbereitet wird große Einsparungen erwartet, dasselbe ist auch beim Busverkehr möglich. „Selbstverständlich müssen die Einsparungen, die durch die Ausschreibung erzielt werden direkt in die Verbesserung des Nahverkehrs in der Region zurückfließen.“, betont die Ludwigsburger Kreisrätin Eva Mannhardt.

Mit Angebotsverbesserungen und Tarifsenkungen soll nach Ansicht der Grünen Kreistagsfraktionen Bus- und Bahnfahren noch attraktiver gestaltet werden. Anreize zum Umsteigen der Autofahrer auf den ÖPNV und ein Umweltticket sind schließlich auch wichtige Bausteine der Luftreinhaltepläne. Außerdem sollten die Kreistage aller Verbundlandkreise endlich gemeinsam die ausufernden Forderungen zur Finanzierung von Stuttgart 21 ablehnen. „Solange das Land für den Nahverkehr in der Fläche immer weniger Geld bereitstellt, weil angeblich gespart werden muß, können wir uns Stuttgart 21 überhaupt nicht leisten“, ergänzt Armin Zeeb, Kreisrat aus Ludwigsburg. (reda)

## Solarstrom erstmals preiswerter als Atom-, Gas- und Kohlestrom

Kühlwasserproblem: 200.000 Photovoltaikanlagen helfen Versorgungslücke zu schließen

GASTBEITRAG DES BUNDS DER BÜRGERINITIATIVEN MITTLERER NECKAR E.V.

Solarstrom ist heute tagsüber erstmals preiswerter als der Bezug konventionellen Kraftwerksstroms an der Leipziger Strombörse. Kühlwasserprobleme einiger Atom- und Kohlekraftwerke sowie der gestiegene Strombedarf aufgrund des verstärkten Einsatzes von Klimaanlage haben zu einer Verknappung beim Stromhandel geführt und insbesondere die Preise für Spitzenlaststrom zeitweise explodieren lassen. Da die rund 200.000 in Deutschland installierten Photovoltaikanlagen genau dann auf Hochtour laufen, wenn einigen Großkraftwerken das Kühlwasser ausgeht, helfen sie zunehmend, die Versorgungslücke zu schließen.

Carsten Körnig, Geschäftsführer vom Bundesverband Solarwirtschaft: „In diesen Tagen wird die besondere Stärke der Solarenergie für jedermann sichtbar. Während herkömmliche Großkraftwerke reihenweise in die Knie gehen, liefern Solarstromanlagen Spitzenenergie. Solarstrom ersetzt damit besonders teuren Spitzenlaststrom und wird schneller wettbewerbsfähig als allgemein angenommen.“ Mit einem Handelspreis von 54 Cent je Kilowattstunde liegt der Tagespreis für Spitzenlaststrom an der Leipziger Strombörse heute erstmals über dem Erzeugerpreis von Solarstrom. Dieser wird im Rahmen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) mit 40,6-51,8 Cent je Kilowattstunde vergütet.

Die EEG-Vergütung für Solarstrom und seine Erzeugerpreise werden in den nächsten Jahren um jährlich rund fünf Prozent sinken. Konventioneller Strom aus Atom-, Kohle und Gaskraftwerken wird hingegen nach einer jüngsten ZEW-Umfrage weiter steigen. Die jüngste Entwicklung an der Leipziger Strombörse lässt vermuten, dass dies auf Grund der Flexibilität und Hitzeanfälligkeit konventioneller Großkraftwerke in besonderem Maße für die Deckung von Bedarfsspitzen gilt.

„Wir gehen davon aus, dass sich die Preisschere zwischen konventionell erzeugtem Strom und Solarstrom für den Verbraucher bereits im nächsten Jahrzehnt schließen wird“, so Körnig weiter. Nach Angaben des BSW sind derzeit fast 2.000 Megawatt Solarstrom am Netz, die derzeit beinahe soviel produzieren wie zwei Atom- oder Braunkohlekraftwerke. Langfristig kann Solarenergie in Deutschland rund ein Drittel des Wärme- und Strombedarfs decken. Im Mix mit anderen Erneuerbaren Energien wird eine Vollversorgung möglich.

Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar e.V. (BBMN)  
c/o Wolfram Scheffbuch  
Oberdorfstr. 9  
74366 Kirchheim am Neckar  
Telefon 07143-94668  
Mobil 0173-73 97 214  
Fax 040-3603-196280  
Mail kontakt@bbmn.de  
Der BBMN im Internet:  
www.bbmn.de

## Grüne Forderungen zur Ausschreibung der S-Bahn

VON JOSEF MATSCHINER

Pünktlich, sauber und sicher; attraktiv von der Ausstattung und vom Preis her; barrierefrei und umweltfreundlich im Betrieb, so will die Regionalfraktion Bündnis 90/Die Grünen die S-Bahn haben.

Der Verband Region Stuttgart bereitet als Aufgabenträger den Wettbewerb um die S-Bahn im Verbundsgebiet vor. Bereits im Herbst soll der Teilnahmewettbewerb eröffnet werden und im Frühjahr 2007 die Bewerberauswahl erfolgen, dann beginnen die Verhandlungen, der Zuschlag des neuen 10-Jahres-Vertrages soll 2009 erfolgen. Der Gewinner des Wettbewerbes hat dann über vier Jahre Zeit, sich auf die Betriebsaufnahme Anfang 2014 vorzubereiten. Die lange Vorbereitungszeit ist nötig für den Fall, dass nicht der jetzige Betreiber, die DB, den Zuschlag bekommt, sondern ein anderer, der erst die Fahrzeuge mit allem drum und dran besorgen muss. Die 6 S-Bahn-Linien haben heute eine Länge von 250 km, die Züge legen jeden Tag 25.000 km zurück und befördern dabei rund 330.000 Fahrgäste. Die DB bekommt dafür im Jahr ca. 140 Mio. Euro, 90 Mio. aus den Fahrgeldeinnahmen und 60 Mio. vom Verband aus öffentlichen Mitteln. Diese Leistung soll also ausgeschrieben werden. Davon versprechen wir uns Qualitätsverbesserungen, Einsparpotentiale und mehr Transparenz beim Preis-Leistungsverhältnis. Auf die vielen Details der Ausschreibung will ich hier nicht eingehen, aber kurz aufzählen, welche Forderungen wir an die Ausschreibung stellen wollen:

- Einsparungen durch die Ausschreibung werden mindestens zur Hälfte zur Reduzierung der Fahrpreise eingesetzt.
- Der neue Betreiber beteiligt sich mit dem gesamten Betrieb an EMAS (oder einem vergleichbaren Umweltmanagementsystem). EMAS steht für nachhaltiges Wirtschaften. EMAS will Umweltschutz, bei dem die Unternehmen freiwillig auch über die rechtlichen Vorgaben als Mindestbedingung hinausgehen. Der Betrieb ist

verpflichtet, eine Umwelterklärung zu erstellen, in der er die umweltrelevanten Tätigkeiten und die Daten zur Umwelt, wie Ressourcen- und Energieverbräuche, Emission, Abfälle etc. genau darstellt.

- Der Anteil der regenerativen Energie an der Betriebs- und Antriebsenergie beträgt anfänglich mindestens 50% und ist bis zum Ende des Vertrages auf 100% zu erhöhen.
- Die Züge müssen eine Strom-Rückspeisung beim Bremsen haben.
- Weitere Maßnahmen zur Energieeinsparung werden honoriert.
- Für die Ausstattung der Innenräume der Züge werden Biofaserverbundstoffe verwendet; PVC und Lösemittel werden nicht verwendet.
- Die Innenräume werden mit umweltverträglichen Reinigungsmitteln (Blauer Engel) gereinigt.
- Die Sicht aus den Zügen darf nicht durch Werbung etc. eingeschränkt werden.
- In den Zügen darf es keine akustische Werbung, keine Werbung mit beweglichen Bildern geben.
- Gut les- und hörbare Anzeige der nächsten und zwei weiterer Haltestellen mit Hinweis: Ausstieg links/rechts.
- Die S-Bahnzüge müssen mehrere barrierefreie Zugänge haben.
- Barrierefreie Umsteigemöglichkeiten und Zusatzeinrichtungen wie Rampe, Rollstuhl-WC.
- Die S-Bahnstationen müssen mit öffentlichen Toiletten ausgestattet werden, die gut ausgeschildert und leicht und barrierefrei zu erreichen sein müssen.
- Vorgabe: Lärmobergrenze liegt unter den VDV-Richtwerten (gemäß Schrift 154).
- Maßnahmen zur Lärmreduzierung nach dem jeweils neusten Stand der Technik als ständige Verpflichtung.
- Wenn wegen einer Verspätung der S-Bahn der letzte Anschluss (Stadtbus, Bus) nicht mehr erreicht werden kann, werden die Kosten einer Taxifahrt nach Hause von der S-Bahn erstattet (Heimkehrgarantie).
- Fahrradmitnahme in allen S-Bahnzügen.

Fragen, Vorschläge und Anregungen bitte an Josef Matschiner: matschiner.lb@t-online.de

## Neues aus dem Netz

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch in dieser Ausgabe habe ich wieder einige Tipps im Internet, rund um grüne Politik.

Vom 1.-3. September fand in Berlin der grüne Zukunftskongress statt (siehe Artikel in dieser Ausgabe). Dazu hat der Bundesverband eine Zeitung herausgegeben. GRÜNES Morgenblatt – Die Zeitung zum Zukunftskongress ist online Sie finden in der Zeitung Meinungen der TeilnehmerInnen zum GRÜNEN Zukunftskongress und zu den sechs Zukunftsthemen, sowie Medienstimmen über den Kongress und Bilder von der Kongressparty: <http://www.gruene.de/cms/default/dokbin/145/145945.kongresszeitung.pdf>

### Grüne Elektronik bleibt Fehlanzeige

Greenpeace hat ein Ranking für Handy- und PC Hersteller vorgestellt, in dem diese auf ihre Umweltfreundlichkeit hin untersucht worden waren. Erschreckenderweise gab es nur schwarze, aber keine grüne Schafe: [http://www.greenpeace.de/themen/chemie/nachrichten/artikel/firmen\\_ranking\\_gruene\\_elektronik\\_fehlt\\_auf\\_dem\\_markt/](http://www.greenpeace.de/themen/chemie/nachrichten/artikel/firmen_ranking_gruene_elektronik_fehlt_auf_dem_markt/)

### VCD kürzt umweltfreundlichste Autos des Jahres

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat bereits zum 17. Mal die aktuellen Automodelle unter die Lupe genommen und auf ihre Umweltfreundlichkeit hin überprüft. Das Ergebnis: Japan vorne, Deutschland nur Mittelmaß: [http://www.vcd.org/vcd\\_auto\\_umweltliste.html](http://www.vcd.org/vcd_auto_umweltliste.html)

### Abschlussbericht der GRÜNEN Demographiekommission vorgestellt

Bundesvorsitzender Reinhard Bütikofer sagte bei der Vorstellung, der Bericht zeige Wege zum aktiven Gestalten des demographischen Wandels: <http://www.gruene-portal.de/home.8.0.html?&expand=4005&cHash=6123bae053>

### Abschlussbericht Kinderkommission zum Download

Vor wenigen Tagen hat die Kinderkommission von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Abschlussbericht vorgelegt. Dieser ist nun als Online-Reader zum Download erschienen: [http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/142/142916.reader\\_abschlussbericht\\_der\\_kinderkommis.pdf](http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/142/142916.reader_abschlussbericht_der_kinderkommis.pdf)

### GRUENE fordern Perspektivwechsel in Kinderpolitik

Fraktionsvorsitzende Renate Künast und politische Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke stellten den Bericht der Kinderkommission „Kinder in den Mittelpunkt“ vor: <http://www.gruene-portal.de/userspace/gruene.de/PDFs/Kinderkommissionsbericht.pdf> So, das war's für diese Ausgabe. Und wie immer, der Hinweis und die Aufforderung: Für Anregungen aber auch Kritik habe ich immer ein offenes Ohr. Mit grünen Grüßen  
Max Bleif

## TERMINE

Donnerstag, 5.10., 20 Uhr  
Ratskeller Ludwigsburg  
Alexander Bonde, MdB: „Mission Nahost – Unser Auftrag?“

Mittwoch, 25.10., 19.30 Uhr  
KMV im Hotel Otterbach,  
Bahnhofstraße 153 in Bietigheim  
TOP u.a. Delegiertenwahlen LDK und BDK, Berichte Grüne Jugend, Kreisräte und Franz Untersteller  
„Aktion Rückenwind“

Vorankündigung:  
Dienstag, 14. 11.  
Biggi Bender, MdB, in Ludwigsburg zum Thema Gesundheitsreform

OV Asperg  
Donnerstag, 19.10.  
Laternenumzug ab 18.30 Uhr im Bürgergarten, Ziel: Michaelskirche

Freitag, 17.11., 20 Uhr  
Veranstaltung mit dem Kabarettisten Dieter Hildebrandt

OV Remseck  
Montag, 9.10., 20 Uhr  
Bürgertreff 51, John-F.-Kennedystr. 51  
Infoveranstaltung zur Andriofbrücke und dem Nord-Ost-Ring mit Joseph Michl von der ARGE Nord-Ost

OV Vaihingen  
Mittwoch, 18.10., 20 Uhr  
Alte Schule, Kirchheim a.N.  
Aktionen zur Laufzeitverlängerungsdebatte, Diskussion  
Infostand am 21.10. in Bietigheim

Heinrich-Böll-Stiftung  
Sa, 14.10., 10-17 Uhr, Tübingen  
Erfolgsfaktor Öffentlichkeitsarbeit  
Politikmanagement-Seminar

Fr, 17.11., 17 Uhr -  
Sa 18.11., 9.30-17 Uhr, Stuttgart  
Toleranz ohne Ende – Ende der Toleranz?

Anerkennung in der Einwanderungsgesellschaft  
Jahrestagung  
Brennpunkt Schule: Freiheit – Regeln – Respekt  
Toleranz: Worüber reden wir eigentlich?

Integration zwischen Assimilation, Aus- und Abgrenzung – Voraussetzungen für Teilhabegerechtigkeit  
Identitäten in der globalen Welt – Religion und Staat – kulturelle Pluralität und gesellschaftliche Integration – Werte der säkularen Gesellschaft Was hält die Einwanderungsgesellschaft zusammen?

Sa, 25.11., 13-17 Uhr, Tübingen  
Brauchen Kommunen Schauspieler- oder ErzieherInnen?  
Kommunalpolitisches Seminar  
Welche Rolle spielt Kultur für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung und als Standortfaktor von Kommunen?

Weitere Infos und Anmeldungen unter  
Heinrich Böll Stiftung BaWü  
Rieckestr. 26, 70190 Stuttgart  
Tel. 0711/26 33 94-10, Fax -19  
www.boell-bw.de

## Impressum

### GRÜNSPIEGEL

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg. Der GRÜNSPIEGEL ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 18 Euro im Kreis, 26 Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Anschrift der Redaktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Ludwigsburg,  
Ortsverband Ludwigsburg  
Im Umland, Umlandstraße 21  
71638 Ludwigsburg  
Tel: 07141-927926  
Fax 07141-905194  
kv.ludwigsburg@gruene.de  
www.gruene-ludwigsburg.de  
KontoNr: 253074029, Volksbank Ludw.  
BLZ 604 901 50, KV Ludwigsburg

Redaktion (ViSDP), Layout und Gestaltung, Anzeigenkoordination  
Christian Gärtner, Julia Schweizer  
gruenspiegel@gmx.de

Druck  
Druckerei Ratz, Schönaich

Ausgabe  
September/Oktober 2006

Auflage  
700

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsverbandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich.

Ausschneiden und an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Ludwigsburg, Umlandstraße 21, 71638 Ludwigsburg schicken

### Ja, ich will Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden:

Name, Vorname: ..... Kreis: .....  
Straße, Nr.: ..... E-Mail: .....  
PLZ, Ort: ..... Beruf: .....  
Tel.: ..... Geburtstag: .....  
Fax: ..... Geschlecht: .....

Datum, ..... Unterschrift: .....

### Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, monatlich ..... Euro (laut Satzung 1 % vom Nettoeinkommen) von folgendem Konto einzuziehen:

Bank: ..... BLZ: ..... Datum, ..... Unterschrift: .....

Kontonummer: .....